



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Bereich Wirtschaft/Beschäftigung Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 2. Juli 2024

Vorlagen-Nr. 24-F-63-0065

Arbeitsmarktperspektiven für Geflüchtete in Wiesbaden verbessern - Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 26.06.2024 -

Die Entscheidung, nach Deutschland zu flüchten, geschieht nicht aus einer Laune heraus. Menschen fliehen vor Krieg, Verfolgung und Hunger, oft gezeichnet von Traumata. Der Krieg in der Ukraine hat dieses Leid noch näher an Deutschlands Grenzen gebracht. Unsere primäre Aufgabe ist es daher, die Stabilisierung der Menschen zu gewährleisten, Sicherheit und ein schnelles Ankommen zu garantieren. Im nächsten Schritt ist es von großer Bedeutung, den Menschen Perspektiven zu eröffnen, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und das gelingt am besten durch Arbeitsmöglichkeiten oder ehrenamtliches Engagement. Eine zügige Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten wird jedoch durch verschiedene institutionelle Hürden wie dem aufenthaltsrechtlichen Schwebestadium während des Asylverfahrens, Nicht-Anerkennung von Berufsabschlüssen, Beschäftigungsverboten und Wohnsitzauflagen beeinträchtigt. Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) steigen mit zunehmender Aufenthaltsdauer die Erwerbstätigenquoten Geflüchteter im erwerbsfähigen Alter (18 bis 64 Jahre) leicht, aber stetig an. Im Durchschnitt erreichen sie sechs Jahre nach dem Zuzug 57 Prozent, sieben Jahre nach dem Zuzug 63 Prozent und bei einer Aufenthaltsdauer von acht und mehr Jahren 68 Prozent. Es können Geschlechterunterschiede bei den Erwerbstätigenquoten von Geflüchteten festgestellt werden. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Kinderbetreuung, Bildung, Berufserfahrung im Herkunftsland sowie die Teilnahme an Sprach- und Arbeitsmarktprogrammen spielen hierbei eine Rolle. Von den erwerbstätigen Geflüchteten üben 41 Prozent eine Tätigkeit aus, die unter ihrem Qualifikationsniveau vor der Flucht liegt. Hier gilt es anzusetzen, indem eine unbürokratische Anerkennung ausländischer Qualifikationen oder eine rasche Nachqualifizierung ermöglicht wird.

Viele Arbeitgeber in Wiesbaden haben Schwierigkeiten, Personal in Pflege- oder Kinderbetreuungseinrichtungen zu finden. Ähnliche Erfahrungen machen auch Gastronomie, Industrie und Handwerksbetriebe. Der neueste Konjunkturbericht der IHK Wiesbaden hat gezeigt, dass der Mangel an Fachkräften für die ansässigen Unternehmen aktuell das drittgrößte Geschäftsrisiko darstellt - mit der Stärkung der Arbeitsmarktperspektiven für Geflüchtete hat die Stadt einen Hebel, um das stagnierende Geschäftsklima zu verbessern. Eine Integration in den Arbeitsmarkt könnte somit nicht nur helfen, die angespannte Personalsituation in bestimmten Berufsgruppen zu verbessern, sondern bietet auch den Geflüchteten die Chance, einen einfachen Anschluss zu finden und den eigenen Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit wird gebeten,

Vertreter des kommunalen Jobcenter bzw. der Arbeitsagentur in eine der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

- 1) Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:
 - a) inwiefern die beruflichen und fachlichen Kompetenzen geflüchteter Menschen erfasst werden können,
 - b) wie sich derzeit der zeitliche Horizont der Berufsanererkennungsverfahren - insbesondere in Mangelberufen, in der Pflege oder bei der Kinderbetreuung, aber auch im Handwerk oder Gastronomie - darstellt,
 - c) welche Maßnahmen bei entsprechender Qualifikation und Anerkennung, auch in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter, der Agentur für Arbeit und dem BAMF, für einen zügigen Arbeitsmarktzugang ergriffen werden,
 - d) wie der Übergang geflüchteter Menschen in Ausbildungsberufe gelingt,
 - e) was die wesentlichen Hürden bei der beruflichen Integration von geflüchteten und geduldeten Menschen sind und mit welchen Herausforderungen sie sich konfrontiert sehen.
 - f) inwieweit die neuen Möglichkeiten des Gesetzes zum Chancen-Aufenthaltsrechts sowie die neuen Möglichkeiten des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes (z.B. Spurwechsel) bereits zum Einsatz kommen und welche Verbesserungen dadurch zu erwarten sind.
- 2) Der Magistrat wird gebeten zu berichten, in welcher Form beispielsweise mit Unternehmen, dem Industriebeirat und den Kammern zur Vermittlung in Praktika, Einstiegsqualifizierung und Berufsausbildung zusammengearbeitet wird.
- 3) Der Magistrat wird gebeten, gemeinsam mit dem Freiwilligenzentrum die Vermittlung in ehrenamtliche Tätigkeiten verstärkt zu fördern, um eine bessere Integration geflüchteter Menschen zu ermöglichen

Beschluss Nr. 0053

1. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Stebler und Frau Knetsch (beide Dezernat II) und Herrn Völker (Dezernat IV) werden zur Kenntnis genommen.
2. Teil 2 des Antrags (Ziffern 1 bis 3) ist durch Aussprache erledigt. Der Magistrat wird gebeten, die Informationen dem Ausschuss auch schriftlich zur Verfügung zu stellen.
3. Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit lädt Vertreter des kommunalen Jobcenter bzw. der Arbeitsagentur in eine der nächsten Ausschusssitzungen ein.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2024

Susanne Hoffmann-Fessner
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2024

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2024

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme
Dezernat II und Dezernat IV mit der Bitte
um weitere Veranlassung zur Ziffer 2
Dezernat I/16 mit der Bitte
um weitere Veranlassung zur Ziffer 3

in Vertretung
Christiane Hinnerger
Bürgermeisterin